

Ressort: Finanzen

Koalition will Missbrauch von Werkverträgen in Fleischbranche stoppen

Berlin, 31.05.2017, 20:17 Uhr

GDN - CDU, CSU und SPD wollen den Missbrauch von Werkverträgen in der Fleischindustrie stoppen und dabei Schlachtkonzerne in die Pflicht nehmen. Wie die "Neue Osnabrücker Zeitung" (Donnerstag) berichtet, soll am Donnerstag der Bundestag das "Gesetz zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten in der Fleischwirtschaft" verabschieden.

"In den vergangenen Jahren sind vor allem ausländische Werkvertrags-Arbeiter immer wieder über den Tisch gezogen worden", sagte CDU-Parlamentarier Albert Stegemann dem Blatt. "Das lassen wir uns als Gesetzgeber nicht länger bieten." Schlachter und Zerleger sind meistens nicht direkt bei den Schlachthöfen angestellt. Diese vergeben die Aufträge an Subunternehmen. Der Gesetzentwurf sieht der Zeitung zufolge eine sogenannte Generalunternehmerhaftung vor: Zahlt ein Subunternehmer seinen Schlachtern beispielsweise weniger Lohn als ihnen zusteht, soll dafür künftig der Schlachthofbetreiber gerade stehen. "Wer Arbeit auslagert, bleibt in der Verantwortung", so Stegemann. Arbeitsmaterialien wie Schlachtermesser oder -handschuhe sollen zudem künftig nicht länger vom Lohn abgezogen werden dürfen. Darüber hinaus will die CDU eine exakte Erfassung der Arbeitszeit durchsetzen. Nach Angaben von Stegemann machten die Kosten fürs Personal etwa 70 Prozent der Gesamtkosten in der Fleischindustrie aus. "Lohndumping ist und war an der Tagesordnung. Damit machen wir Schluss", so Stegemann.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-90104/koalition-will-missbrauch-von-werkvertraegen-in-fleischbranche-stoppen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619